

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

**Volkswille**  
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:  
**Lodz, Petrikauer Straße 109**  
Telephon 136-80 — Postkassenkonto 63-508  
Kattowitz, Plebanymowa 35; Bielsk, Republikansta 4, Tel. 1294

**Volksstimme**  
Bielig-Biala u. Umgebung

## Neuer Zwist mit Frankreich?

Die polnisch-französischen finanzwirtschaftlichen Besprechungen bis auf weiteres aufgehalten.

Obgleich die Abwertung des französischen Francs im allgemeinen überrascht hat, so dürften die polnischen maßgebenden Kreise angesichts der kürzlich in Paris beendeten finanziellen Besprechungen und der von Frankreich zugesagten Anleihe für Polen davon wohl am meisten betroffen worden sein. Zwecks praktischer Durchführung der polnisch-französischen Abmachungen sollten sich dieser Lage Vertreter des Verkehrs- und des Finanzministeriums von Warschau nach Paris begeben, wobei vor allem die zweite Rate der französischen Eisenbahnleihe, deren Auszahlung seinerzeit angesichts der Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen von Frankreich aufgehalten wurde, unter Tausch gebracht werden sollte. Angesichts der durch die Abwertung des Francs entstandenen neuen Lage ist jedoch, wie aus maßgebender Warschauer Quelle verlautet, die Abreise der polnischen Abordnung nach Paris aufgehalten worden.

Es bleibt abzuwarten, welchen Gang die polnisch-

französischen Verhandlungen nun nehmen werden, da es ja keinem Zweifel unterliegt, daß der Wert und die Bedeutung der getroffenen Abmachungen durch die Abwertung der französischen Währung gleichfalls gestunken ist.

### Scritt Polen dem Währungsabkommen bei?

Der der Regierung nahestehende Warschauer „Kurjer Czerwony“ schreibt: Die im April d. J. eingeführte Devisenkontrolle ermöglicht es uns, die letzten Währungsmaßnahmen Frankreichs mit Ruhe zu betrachten. Wie wir von maßgebender Stelle unterrichtet werden, wird die Entscheidung über einen eventuellen Beitritt Polens zu dem Währungsabkommen erst getroffen werden, nachdem die Einzelheiten des Übereinkommens der drei Großmächte festgesetzt sein werden. Die Entscheidung in dieser Angelegenheit wird nicht ganz unabhängig sein von einer Aenderung unserer Finanzpolitik. Die Entwurfsmaßnahmen anderer Länder können nicht zu einem Abweichen von der bisherigen Linie der polnischen Finanzpolitik beitragen.

## Die Abwertung des Francs.

Blöcklich, aber für die Öffentlichkeit nicht ganz unerwartet, kam am Freitag aus Paris die Nachricht, daß die Regierung Blum die Abwertung des Francs beschlossen hat. Während der Wert des Francs bisher 65,5 mg Gold betrug, ist er auf 43 mg herabgesetzt worden, was 33 Prozent ausmacht. Der Franc ist also in ein solches Verhältnis zum Pfund Sterling gebracht worden, daß ein Pfund, für das man bisher etwa 77 Franc gezahlt hat, nunmehr etwa 100 Franc wert ist.

Frankreich hat sich lange gegen die Herabsetzung des Wertes seiner Währungseinheit gestraubt, obwohl ihm andere für die Weltwirtschaft bedeutende große Länder vorangegangen sind. Die erste wirtschaftliche Großmacht, welche mit dem bisherigen Festhalten an der Goldwährung gebrochen hat, war England, das am 21. September 1931 den Wert des Pfund Sterlings, den man unersättlich gehalten hatte, herabgesetzt hat. Den Engländern folgten am 19. April 1933 die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit der Herabsetzung des Goldgehalts des Dollars, ein Ereignis, das man ein oder zwei Jahre vorher für ganz unmöglich gehalten hätte. Auch die nordischen Staaten, Belgien und ebenso die Tschechoslowakei haben in ihrer Währungspolitik denselben Weg beschritten. Die tschechoslowakische Republik hat mit Gesetz vom 17. Februar 1934 den Goldgehalt der Krone von 44,58 auf 37,15 mg Gold, also um 16,2 Prozent, herabgesetzt, was eine Erhöhung der fremden Münzparitäten um etwa 20 Prozent bedeutete.

Was hat diese Staaten und zuletzt Frankreich dazu bewogen, von dem Jahrhunderte geheiligten Standan abzugehen, daß die Wertseinheit in einem festen unabänderlichen Verhältnis zum Gold verbleiben müsse?

Die Weltwirtschaftskrise, welche die Fäden des Wirtschaftsverkehrs zwischen den einzelnen Staaten zerrissen hat, hat auch die Währungstheorie und Notenbankpolitik von Jahrhunderten über den Haufen geworfen. Soll die Krise überwunden werden, müssen diese Fäden wieder angeknüpft, d. h. der Außenhandel belebt, die Ausfuhr gesteigert werden. Die Herabsetzung des Wertes der Währungseinheit in Frankreich hat vor allem den Zweck der Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie auf den Weltmärkten zu steigern. Nehmen wir an, daß die Produktionskosten einer Ware, die in Frankreich erzeugt wird, 100 Francs beträgt, so kostete die Ware in England bisher 1,25 Pfund, während dieselbe gegen wir deutlich Ware nur 1,10 Pfund kostete. Deutschland schlug also auf dem englischen Markt die französische Ware aus dem Felde. Nach der Entwertung wird aber die französische Ware nur ein Pfund kosten, wodurch nunmehr der Preis der deutschen Ware unterboten werden wird. Die Hauptabsicht bei der Abwertung des französischen Francs ist also die Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie und damit die Ausfuhr zu steigern, das Heer der Arbeitslosen in Frankreich herabzudrücken, Frankreich aus der Krise herauszuführen.

Die Regierung Blum hat bei ihrem Antritt im Juni die Franc-Abwertung nicht in ihr Programm aufgenommen, es war damals ihre Absicht, den Wert des Francs aufrecht zu erhalten. Sie wollte einer Abwertung ausweichen, weil sie davon eine Senkung der Reallohne der französischen Arbeiter befürchtete. Sie hat sich aber zur Abwertung dennoch entschlossen, weil in Frankreich jedenfalls die Auffassung durchgedrungen ist (auch in der französischen Sozialdemokratie), daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dieses größten wirtschaftlichen Übels Frankreichs, eine der Hauptaufgaben der sozialdemokratischen Regierung ist. Eine Debung des französischen Exports wird nach der Auffassung der französischen Regierung eine so günstige Wirkung auf die französische Volkswirtschaft und damit auch für die französische Arbeiterschaft haben, daß etwaige ungünstige Folgen der Franc-Abwertung demgegenüber eine geringere Rolle spielen dürften. Die Regierung Blum wird wohl auch Maßnahmen treffen, damit die Entwertung des Francs von der Spekulation nicht zu einer unberechtigten Teuerung ausgenutzt wird. In dieser Hinsicht zeigt das tschechoslowakische Beispiel, daß die Entwertung einer Währung durchaus nicht mit

## Währungsvorlage angenommen.

Abstimmungsieg der Regierung Blum in der Kammer. 350 Stimmen für, 221 Stimmen gegen die Vorlage.

Paris, 29. September. Die Kammer hat die Währungsvorlage in ihrer Gesamtheit mit 350 zu 221 Stimmen angenommen. Die Regierung hatte die Vertrauensfrage nicht gestellt. Die Kammer hat sich darauf am Mittwoch 21 Uhr vertagt.

Im Verlaufe der Aussprache ergriff u. a. Ministerpräsident Leon Blum das Wort, der u. a. ausführte:

Die Fabrikbesetzungen ohne Entscheidung der verantwortlichen Arbeiterorgane dürfen nicht zur Gewohnheit werden. Die Besetzungen der Fabriken dürften nicht andauern. Das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Regierung der Volksfront werde es dieser ersparen, andere Mittel in Anwendung zu bringen, als die der Versöhnung und Vermittlung.

Ein Zwischenruf eines rechtsgerichteten Abgeordneten bezeichnete den Ministerpräsidenten als Diener des Gewerkschaftsführers Jouhaux, was ihm einen Ordnungsruf des Kammerpräsidenten einbrachte. Der Ministerpräsident setzte dann die Gründe auseinander, die eine Aenderung des Wortlauts der Artikel 14 u. ff. erforderlich machen. In seiner bisherigen Fassung erwecke Artikel 14 den Eindruck, als werde die Frankenabwertung eine Preissteigerung hervorrufen. Theoretisch dürfte die Frankenabwertung nur auf die Preise der Einfuhrwaren zurückwirken. Die Regierung sei mit der von den Abgeordneten der Volksfront vorgeschlagenen neuen Fassung einverstanden, die ihr eine Waffe zur Bekämpfung der Preissteigerung in die Hand gebe. Der abgeänderte Artikel 14 wurde daraufhin von der Kammer angenommen.

Auch die Artikel 15, 15a, 16, 17 (soziale Maßnahmen, besonders für Zivil- oder Militärpensionsempfänger) wurden von der Kammer angenommen, ebenso Art. 18 (Neuregelung der öffentlichen Verwaltungskosten), Art. 19 (Außerkräftsetzung verschiedener Notverordnungen) und Art. 20 (Ruhegehaltsempfänger).

Zu Art. 21 beantragte der rechtsgerichtete Abgeordnete Marin eine Abänderung zur Wiederaufwertung der Lebensversicherungen. Dieser Abänderungsantrag, der von der Regierung und dem Finanzausschuß der Kammer bekämpft wird, wurde durch eine Abstimmung abgelehnt. Die restlichen Artikel der Vorlage, Art. 22, 23, 24 und 25 wurden ebenfalls angenommen.

Dann wurde in die Abstimmung über die Währungsvorlage als Ganzes eingetreten. Die Vorlage wurde angenommen.

### Entscheidung im Senat am Mittwoch.

Der Senat trat nur zu einer kurzen Sitzung zusammen und vertagte sich dann am Mittwoch. Diese Zeitspanne wird der Finanzausschuß des Senats dazu benutzen, um die in der Kammer verabschiedete Vorlage zu prüfen.

In seiner Erklärung vor dem Finanzausschuß des Senats legte Finanzminister Vincent-Auriol den Verlauf der Verhandlungen mit dem britischen und amerikanischen Schatzamt dar. Der Minister verteidigte den von der Kammer angenommenen Wortlaut der Regierungsvorlage, indem er versicherte, daß die Frankenabwertung in keiner Weise geeignet sei, eine neue Teuerung hervorzurufen.

Der Ausschuß stellte jedoch fest, daß die Frankenabwertung eine vollendete Tatsache sei, deren Verantwortung der Regierung zufalle. Unter diesen Umständen könne sich der Ausschuß den technischen Verfügungen des Gesetzes nur beugen.

Bewisse Artikel wurden vom Ausschuß abgeändert und der Berichterstatter des Ausschusses wurde beauftragt, mit größter Entschiedenheit daran zu erinnern, daß ein Erfolg der gesamten Operation von einer entschlossenen Rückkehr zum Prinzip des finanziellen Gleichgewichts und der völligen Wiederherstellung der sozialen Ordnung abhängt.

einer in demselben Maße erfolgenden Preissteigerung verbunden sein muß.

Ein zweiter Grund für die Entwertung der französischen Währung dürfte die Kapitalkucht aus Frankreich gewesen sein. Goldwährung bedeutet, daß jedermann an den Schaltern der Notenbank Noten gegen Gold einwechseln kann. Glaubt man, daß der Wert der Noten in absehbarer Zeit sinken werde, dann wechselt man Noten gegen Gold ein in der Hoffnung, für dieselbe Menge Goldes später mehr Noten zu erhalten. Vielfach hat man für das Gold, das man wechselt, fremde Devisen gekauft oder man hat es auf alle mögliche Art ins Ausland verschoben. Dadurch drohte Frankreich eine Kapitalverarmung, der französischen Notenbank eine Goldverminderung. Diesen Goldabfluß suchte die Bank von Frankreich in den letzten Tagen mit der Heraussetzung des Zinssatzes zu begegnen, das heißt, sie hat den Zinssatz für die Belehnung von Wechseln erhöht. Da dies nun nichts genügt hat, hat die Regierung die Goldeinlösungspflicht der französischen Notenbank, also de facto die Goldwährung aufgehoben, was wirksamste Mittel angewendet, um den Goldabfluß abzustoppen. Durch die Entwertung des Francs werden naturgemäß die Gold- und Devisenvorräte der französischen Notenbank überdies an Wert gewinnen.

Zweifellos wird die Tat der Regierung Blum Folgen auch für andere Länder haben. Ob der Wert der Währung anderer Länder wird aufrecht erhalten werden können, diese Frage wird in der nächsten Zeit jedenfalls lebhaft erörtert werden und umstritten sein. Die Schweiz, welche ebenso wie Holland bisher unentwegt an der Goldwährung festgehalten hatte, ist Frankreich bereits gefolgt. Die Tatsache, daß Frankreich im Einberufen mit England und Amerika vorgeht, läßt hoffen, daß die drei Länder gemeinsame Bemühungen anstellen werden, um den Wert ihrer Währungen so festzusetzen, daß der internationale Warenaustausch lebhafter werden und damit die durch die Weltwirtschaftskrise zerrissenen Wirtschaftsbeziehungen wieder neu gestaltet werden können. Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933 ist gerade daran gescheitert, daß die Amerikaner sich zu einem solchen Abkommen, welches eine Stabilisierung ihrer Währung zur Voraussetzung gehabt hätte, nicht entschließen konnten. Wenn sich nun die drei großen Staaten am Atlantischen Ozean über ihre Währungspolitik verständigen, wäre die Möglichkeit einer internationalen Regelung der Währungsfragen und damit internationaler Vereinbarungen zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft gegeben. Werden das die Folgen der französischen Währungsabwertung sein, dann wird sich die Regierung Blum ein ganz bedeutungsvolles Verdienst an der Bekämpfung des weltwirtschaftlichen Krisenelends und an der Herbeiführung besserer Zeiten für die ganze Welt erwerben.

### Der nazi-deutsche Kassenjammer.

Und wie sie lügen!

Die Aufregung der Wahltag ist vorüber. Die angeblich von den Lodzer Nazi „mit Haut und Haaren gegessenen“ deutschen Sozialisten entsenden drei deutsche Vertreter in den Stadtrat, während die von nazistischen Führern verführten bürgerlichen Deutschen Leer ausgehen. Was sagt die Lodzer nazistische Presse dazu?

Nun, die berichtet auf nazideutsche Art, daß in der neuen Stadtverordnetenversammlung überhaupt keine Deutschen vertreten sein werden.

Klar, nicht? Wenn es die „Freie Presse“ oder die „Neue Lodzer Zeitung“ schreiben, wird es doch stimmen. Wenn Herr Marktgraf oder Herr von Haller sagen: Jerbe, Ganzle und Sermatta sind keine Deutsche, dann sind es eben keine. Oh, ihr erbärmlichen Lügner!

Die beiden deutschbürgerlichen Zeitungen haben in vielerlei Hinsicht schon ihre „Tradition“. Die „Freie Presse“ mit ihren charakterlosen Redakteuren ist immer unwahr. Und die geschäftstüchtige „Neue Lodzer Zeitung“ hat es während der letzten Wahlkampagne — sie veröffentlichte Aufrufe des Volksverbandes und der Jungdeutschen Partei — ebenso gemacht, wie schon vor 30 Jahren, auf einer Seite für den deutschen Kandidaten zur russischen Duma aufzufend und auf der anderen für den jüdischen Kandidaten Propaganda machend.

Wir geben zu: es wäre zu viel verlangt von einem nazideutschen Berichterstatter Objektivität zu fordern, sie haben gar zu berüchtete Vorbilder im Reich. Aber diese Skribenten wollen dem deutschen Volke die Tatsache verschweigen, daß trotz der Niederlage der Lodzer Nazi die deutsche Gegenseite, wir, die deutschen Sozialisten, drei deutsche Mandate haben, mehr noch, sie wollen diese Tatsache nicht nur verschweigen, sie wollen sie abstreiten, verleugnen.

Da habt ihr die Leute, die vom deutschen Geist, von deutscher Ehre und deutscher Wahrheitsliebe reden und darüber schreiben! Deutscher Arbeiter von Lodz, merke dir diese Zeitungsschreiber und die Leute, die darunter stehen! So wird's gemacht: Wenn der Gegner einen Erfolg erzielt, dann lügt man sich über diesen Erfolg einfach hinweg!

Jetzt ist in der Lodzer Nazipresse ein großes „ammern und Wehklagen über die deutsche Unmöglichkeit. Die „Neue Lodzer Zeitung“ sieht jetzt erst die „verrückte Taktik“ der Deutschbürgerlichen. Deutscher, wir

# Alle Männer zu den Waffen!

Die spanischen Cortes für den 1. Oktober einberufen.

Madrid, 29. September. Für den 1. Oktober ist eine außerordentliche Sitzung der Cortes einberufen worden. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Frage der Einberufung aller dienstfähigen Männer zum Heeresdienst.

### Die Kämpfe an den Fronten.

Paris, 29. September. An allen Kampfesfronten in Spanien herrschte heute lebhafteste Gefechtsstätigkeit. Die Stadt Bilbao wurde heute erneut von Flugzeugen der Aufständischen mit Bomben belegt. Bisher sind in der Stadt bereits 50 Häuser zerstört worden. Die Regierungstruppen haben nach Aufgabe von Toledo auf der Linie nach Ciudad Real neue Stellungen bezogen und richten sich für die Verteidigung ein.

Gibraltar, 29. September. Eine aus 8000 Mann bestehende Abteilung Aufständischer soll in den nächsten Tagen einen Großangriff auf Malaga unternemen.

men. Der Angriff soll vom Meere aus durch zwei Kreuzer unterstützt werden.

### Autonomie für die baskische Provinz.

Paris, 29. September. Wie aus Madrid verlautet, hat die Regierung den baskischen Provinzen am Dienstag die Autonomie bewilligt. Die neue baskische Regierung mit dem Sitz in Bilbao soll von dem baskischen Abgeordneten Aguirra geleitet werden. General Pozas oder General Narano sollen die militärische Leitung der baskischen Provinzen in den Händen behalten.

### Madrid richtet sich auf Belagerung ein

Madrid, 29. September. Die städtischen Behörden von Madrid haben mit der Ansammlung von Lebensmitteln für den Fall einer Belagerung begonnen. Für diesen Zweck ist ein Kredit von 20 Millionen Peseten bestimmt worden. In den letzten Tagen wurden in verschiedenen Ländern Lebensmittel für die Summe von 16 Millionen Peseten eingekauft.

### Reise in Holland.

Seit dem Sommer 1935 befindet sich Holland im Zustand der schleichenden Krise. Schon damals sah man die Stellung des Ministeriums Colijn als verloren an, zumal die Römisch-Katholische Partei in die Opposition zu gehen drohte und der Gulden zu wanken begann. Dennoch blieb die Regierung im Amt. Aber die Situation hat sich nicht gebessert und heute werden von der römisch-katholischen Partei erneut die gleichen Bedenken gegenüber dem Kabinett geäußert wie damals. Daß sich Colijn halten konnte, hat eine negative Ursache. Die Bildung eines anderen Kabinetts ließ sich bisher nicht ermöglichen. Wenn Colijn also im Amt blieb, so infolge der Schwäche seiner Gegner.

Es liegt jedoch auf der Hand, daß eine derartige Sachlage nicht das richtige Fundament ist, um eine großzügige Politik zu treiben, und daß die Aktionsfähigkeit der Regierung dadurch weitgehend gelähmt wird. Man spricht davon, daß die Wahlen, die an sich erst im Juni 1937 stattfinden sollten, um ca. ein halbes Jahr vorverlegt werden und daß es in Kürze zur Auflösung des Parlaments kommen wird. Der Wahlkampf wird hart werden, denn einerseits ist die Sozialdemokratie so erstarbt, wie die letzten Kommunalwahlen zeigten, daß sie regierungsfähig geworden ist, andererseits wird die faschistische Mussert-Bewegung, die bisher nur in der Ersten Kammer vertreten ist, sich an den Wahlen beteiligen und möglicherweise ähnliche Erfolge wie die Registen in Belgien erzielen. Dadurch würde das Kräfteverhältnis ähnliche Verschiebungen aufweisen und der gegenwärtige Mehrheitsblock würde dann kaum mehr das Übergewicht haben, so daß eine Neubildung der Regierung dann unvermeidlich sein würde. Dies würde sich in der Wirtschaftspolitik entscheidend auswirken, außerdem aber wahrscheinlich auch die Außenpolitik Hollands nachhaltig beeinflussen.

### Rabel verhaftet.

Paris, 29. September. Havas bestätigt in einer Meldung aus Moskau das Gerücht über die Verhaftung Rabels. Er soll unter dem Verdacht stehen, an der trotzkistischen Verschwörung beteiligt gewesen zu sein. Ihm wird insbesondere zur Last gelegt, daß er die Behörden nicht rechtzeitig über die Pläne Sinowjews unterrichtet habe. Zusammen mit Rabel wurde auch der Redakteur des „Journal de Moscou“ Rajewski verhaftet. Rajewski war der Nachfolger von Lukjanow, der schon vor einem Jahre verhaftet wurde.

Moskau, 29. September. Der stellv. Volkskommissar für Post und Telegraphen Zukow ist seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige stellv. Innenkommissar Prokofjew ernannt.

## Furchtbares Grubenunglück in Indien.

100 Bergarbeiter verbrannt.

London, 29. September. In Bihar in Britisch-Indien ereignete sich in der Kohlengrube Biluripothra ein furchtbares Unglück, dessen nähere Einzelheiten noch nicht bekannt sind. 100 Bergarbeiter sollen verbrannt sein.

### Schnee und Frost in Jalopane.

Ganz Polen von der Kältewelle erfasst.

Seit einigen Tagen ist die Temperatur in Jalopane und im Tatragebirge stark gesunken. In den Bergen wa-

ren reichlich Schneefälle zu verzeichnen, wodurch die Gipfel ganz weiß sind. Auch in Jalopane selbst hat es geschneit und die Dächer und Bäume wurden mit einer ziemlich dicken Schneeschicht bedeckt. Die Temperatur in Jalopane betrug hierbei 1 bis 2 Grad unter Null. Im Tatragebirge waren die Schneefälle besonders stark. So betrug die Schneedecke am Morstie Oko 15 Zentimeter und am Kasprovy Wierch etwa 25 Zentimeter.

Von der Kältewelle ist ganz Polen erfasst worden. Am kältesten war es aber in den Bergen und im Wladigebiet.







